

12.12.2023



## **Landtagspräsident beim Solidaritäts-Empfang des israelischen Botschafters in Deutschland**

Auf Einladung des Botschafters des Staates Israel in Deutschland, S. E. Ron Prosor, und dessen Frau Hadas Prosor wird Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger am kommenden Mittwoch am Empfang „Solidarität mit Israel“ in Berlin teilnehmen.

Dazu erklärt Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger:

„Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 2023 den terroristischen Angriff auf den Staat Israel und das Massaker an der Zivilbevölkerung durch die islamistische Hamas als antisemitisches Pogrom auf das Schärfste verurteilt und unmissverständlich deutlich gemacht, dass der Landtag das völkerrechtlich verbrieftete Rechts Israels unterstützt, sich gegen den Terror zur Wehr zu setzen.

Als Landtag sind wir uns der historischen Verantwortung bewusst, dass der Staat Israel 1948 in Reaktion auf den weltweit verbreiteten Antisemitismus und vor allem auf den Versuch von uns Deutschen gegründet wurde, die europäischen Juden zu vernichten. Daraus erwächst bis heute und auch für künftige Generationen eine politische, gesellschaftliche und moralische Verpflichtung, jüdisches Leben zu schützen und zu fördern.

Vor diesem Hintergrund war es mir eine besondere Freude und Ehre, im Oktober und Dezember dieses Jahres den Eröffnungen der beiden neuen Synagogen in Dessau-Roßlau und Magdeburg beiwohnen zu dürfen. Diese historischen Momente waren weit mehr als nur die Vollendung eines Bauwerkes oder die Eröffnung eines Versammlungsortes für Gebet und Begegnung. Sie symbolisieren das starke Band der Verbundenheit und der Solidarität mit den jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt. Sie sind weit über die Grenzen Sachsens-Anhalts hinaus sichtbare Akte des Glaubens, der Gemeinschaft und des Respekts für die Geschichte und Traditionen. Sie betonen die Bedeutung von Beheimatung, Glaube, Toleranz und Vielfalt in Sachsen-Anhalt.

Gleichzeitig sind wir aufgerufen, als Staat Sachsen-Anhalt und als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wehrhaft antisemitischen und antijüdischen Tendenzen in Gesellschaft und Politik im Alltag entgegenzutreten. Wir dürfen nicht wegsehen und weghören, wo klare Haltung und deutliche Worte notwendig sind. Denn es geht auch um unsere Freiheiten und unsere Demokratie.“